

# Deckblatt zur Strafanzeige

---

Empfänger:  
Staatsanwaltschaft Berlin  
Turmstraße 91  
10559 Berlin  
  
Fax: 030 9014-3319

Absender:  
Christian Reimer  
Wittenberger Straße 91  
12689 Berlin

Datum: 05.09.2025

Betreff:

Strafanzeige gegen Richterin Neuhaus – Verdacht auf Amtsmissbrauch, Rechtsbeugung,  
Urkundenfälschung, sowie gezielte Manipulation gerichtlicher Verfahren

Anlagen:

1. Strafanzeige (mehrseitig)
2. Faxdokumente / Nachweise / Schriftvergleiche
3. Antrag LG/OLG mit Hinweisen auf Anzeige und Weiterleitung

Hinweis:

Die Anzeige wurde bereits in vorangegangenen Anträgen als Teil eines Bündels bei LG und OLG eingereicht mit der Bitte um Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft. Dieses Deckblatt dient der eindeutigen Zuordnung.

**Strafanzeige gegen Richterin Neuhaus**

**Christian Reimer**

Wittenberger Straße 91  
12689 Berlin

An:

**Staatsanwaltschaft Berlin**

Turmstraße 91  
10559 Berlin

**Telefax: 030 9014-3319**

**Strafanzeige gegen Richterin Neuhaus wegen des Verdachts auf  
Rechtsbeugung, Urkundenfälschung, Befangenheit und  
Prozessmanipulation**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich, Christian Reimer, Strafanzeige gegen Frau Richter Neuhaus vom Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg wegen des dringenden Verdachts der mehrfachen Rechtsbeugung (§ 339 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), sowie Verfahrensmanipulation im Zusammenhang mit familienrechtlichen Verfahren unter ihrem Vorsitz.

Bereits am 02.09.2025 habe ich im Rahmen eines umfangreichen Antragsbündels beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg eine Strafanzeige gegen Frau Neuhaus gestellt, mit der Bitte um Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft Berlin. Da mir bis heute keinerlei Rückmeldung oder Eingangsbestätigung von Ihrer Behörde zugegangen ist und da es im zuständigen Gericht nachweislich zu Aktenverzögerungen, selektiven Bearbeitungen und mutmaßlicher Unterdrückung eingereichter Stellungnahmen kam, reiche ich diese Anzeige hiermit nochmals direkt ein.



Zur Begründung der Vorwürfe führe ich aus:

1. Frau Neuhaus hat mehrere Verfahren (Gewaltschutz, Härtefallscheidung, Namensrecht) mit direktem Bezug zu meiner Person gleichzeitig übernommen und dabei ihre Pflicht zur Selbstanzeige möglicher Befangenheit (§ 48 ZPO) unterlassen.

2. Bereits eingereichte Schriftsätze meinerseits wurden laut gerichtlicher Aussage "nicht eingegangen", obwohl Faxbestätigungen mit erfolgreich übermitteltem Sendebericht vorliegen. Auch Stellungnahmen zu Schriftsätzen der Gegenseite wurden über Wochen hinweg ignoriert oder unterdrückt.

3. Ein besonders gravierender Verdacht ergibt sich aus der Analyse eines Schreibens, welches angeblich an einem Wochenende – nämlich am Samstag und Sonntag – gefertigt worden sein soll. Das Dokument weist gleich mehrere Unregelmäßigkeiten auf, die stark auf eine nachträgliche Manipulation hindeuten. Es wurden Datumsangaben verwendet, wie man sie in gerichtlichen Schreiben in dieser Form nicht kennt. Der Versand erfolgte angeblich am Montag, obwohl Frau Neuhaus laut eigener Aussage an diesem Tag gar nicht im Dienst war.

4. Die Kombination dieser Vorgänge legt nahe, dass Frau Neuhaus nicht nur parteiisch agiert, sondern mutmaßlich aktiv an einer Verfahrensstrategie der Gegenseite mitgewirkt hat.

Die gesundheitlichen Folgen für mich als Betroffenen sind erheblich. Ich behalte mir daher vor, zivilrechtliche Schritte wegen Amtspflichtverletzung einzuleiten.

Ich bitte Sie um zeitnahe Bestätigung des Eingangs sowie um Mitteilung eines Aktenzeichens.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Reimer